



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/144 - 25.6.51

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 76 54-59

Fernschreiber 039 890

Die Position des Mittelstandes	S. 1
Frankreich und der Verteidigungsbeitrag	S. 3
Labile Koalition	S. 4
Gewerkschafts-Jugendtreffen in Kochel	S. 6
Raum-Planung an der Ruhr	S. 7

Noch ist es nicht zu spät

R.D. Auch kluge Hühner, sagt das Sprichwort, legen einmal in die Nessel. Man kann es anwenden auf jene, die bei der Klage über den soziologischen Verfallprozeß in unseren Tagen, der den ehemaligen Mittelschichten unserer Gesellschaft die Existenzgrundlage raubt, ausgerechnet der Sozialdemokratie das geringste Verständnis zumessen, ja, die mitschuldig erklären, da sie die klassenkämpferischen Eierschalen noch immer nicht abgelegt habe. Zumindest liegt bei einer solchen Art der Betrachtung die Vermutung nahe, daß sich die Betrachter über die Kausalität dieses Prozesses nicht ganz klar sind, wenn man nicht annehmen soll, daß sie sie absichtlich nicht erkennen wollen.

Die Diskussion über ein solches Thema setzt die genaue Abgrenzung der Begriffe voraus. Was sind denn überhaupt Mittelschichten? Einen Katalog aufzustellen, dürfte in diesem bescheidenen Rahmen schwierig sein. Sicherlich sind sie nicht durch bestimmte Berufe, Bildungsgrade etc. gekennzeichnet, sondern vorwiegend durch die ökonomische Tatsache, daß sie zwischen den Schichten der Einkommensbezieher aus abhängiger Arbeit einerseits, und der Bezieher von Einkommen aus der Großabgabe abhängiger Arbeit andererseits als Individuen und Gruppe eine bedingt unabhängige und freie Existenz haben. Die ständige Entwicklung dieses soziologischen Prozesses bedingt, daß die Grenzen schwimmen.

So ist sicher ein Dr. phil., der zurzeit sein Brot als Maurer verdient, soziologisch dem vierten Stand und ein gelernter Maurer, dem irgendein Umstand Besitz- und wirtschaftliche Unabhängigkeit brachte, dem Mittelstand zuzurechnen.

Man verschließt sich gegenüber den Tatsachen der geschichtlichen Entwicklung, wenn man nicht sehen will, daß die geistige Führungsschicht der Gesellschaft mit der Veränderung ihrer ökonomischen Grundlage ihren sozialen Charakter und ihr Herkommen laufend veränderte. Stellten einst Geistliche, später der Landadel und nach einem durchaus revolutionären Umbruch das Bürgertum diese Führung, so waren diesen Veränderungen jeweils Strukturänderungen in der ökonomischen Machtposition vorausgegangen. Dieser Prozeß ist nicht abgeschlossen. Heute findet er, wenn auch durchaus evolutiv in dem Streben nach Mitbeteiligung an der Führung sowohl im ökonomischen, wie im politischen und geistigen Leben unserer Gesellschaft durch den vierten Stand seinen Ausdruck. Dieser Stand hat sich dazu seine besondere ökonomische und politische Ausgangsposition geschaffen, die Organisation.

Absurd wäre es, der Sozialdemokratie für diesen Prozeß auch nur Mitverantwortung unterstellen zu wollen. Sie trägt sie weder für die Entstehung des vierten Standes noch für das Absinken der Mittelschichten in diesen. Allein die Konzentration ökonomischer Substanz und Macht entzog den unteren, wie den mittleren Schichten die Existenzgrundlage. Wenn daraus Klassifizierungen in Besitzende und Besitzlose, und zwischen diesen Klassen Kämpfe um die Existenz entstehen, so ist auch das nicht Schuld der Sozialdemokratie, sondern ein soziologisch-historischer Tatbestand. Es ist jedoch die Tragik dieser deklassierten Mittelschichten, ihre soziale und damit zwangsläufig politische Position nicht zu erkennen, ja, sich den Schichten anzuhängen, deren Herrschaft Ursache ihres Unterganges ist.

Es wird auch künftig nur wenige unter ihnen geben, die durch Individualität und materielles Fundament ihre Unabhängigkeit wahren. Den meisten Mittelständlern bleibt tatsächlich nur die Wahl, entweder zu Epigonen der derzeitigen Besitzenden und zu ihren Frontkämpfern zu werden oder mit ihrer geistigen Potenz die Führungsschicht der aufstrebenden sozialen Untergruppe zu ergänzen. Die Entscheidung hängt ab vom historischen Erkenntnisvermögen der Betroffenen; wir vermuten aber, daß hier noch manches Ei in die Nesseln gelegt werden wird.

+ + +

Frankreich vor schwierigen Verteidigungsaufgaben

A.F. Paris

Nach Beendigung der diesmal ungewöhnlich lang gewesenen Wahlperiode wird sich die neue französische Regierung nunmehr ohne weitere Verzögerungsmöglichkeit mit der ebenso schwierigen wie unpopulären Aufrüstung befassen müssen, nachdem man sich bisher weitgehend mit theoretischen Plänen und Versprechungen begnügte. Die Forderung General Koenigs, bis Jahresende nicht allein die von Verteidigungsminister Jules Moch versprochenen 10 Divisionen, sondern gleich 20 auf die Beine zu stellen, hat mit der französischen Wirklichkeit nicht das geringste zu tun. Aber selbst wenn eine energische Generalregierung in der Lage wäre, die erforderlichen Mittel und Waffen kurzfristig aufzutreiben, müßte sie mit heftigem Widerstand der französischen Bevölkerung rechnen. Augenblicklich beläuft sich die Militärdienstzeit auf 18 Monate, schon ihre Erhöhung auf zwei Jahre dürfte jeder Regierung viel Kopfzerbrechen bereiten. Militaristische Gefühle waren im französischen Volk nie stark und die zwei letzten schweren Kriege führten, wie in allen europäischen Ländern, zu einer empfindlichen zusätzlichen Ermüdung.

Vorläufig glaubt man in zuständigen Kreisen nicht einmal an die Möglichkeit der Aufstellung von zehn modernen Divisionen. Wo die dafür notwendigen rund 250 bis 300 Mrd. FFrs. aufgetrieben werden können, weiß niemand, selbst wenn man bereits ein Höchstmaß von amerikanischer Hilfe berücksichtigt. Über Vorarbeiten konnte man bis Mitte dieses Jahres nicht hinausgehen. Drastische Sparmaßnahmen der ersten Nachkriegszeit verkleinerten den französischen Militärapparat in erheblichem Ausmaße und verringerten seine Leistungsfähigkeit. Die Vorräte der Intendanturen entsprechen nur noch einem unentbehrlichen Mindestmaß. Noch ungünstiger liegen die Verhältnisse für den Unterhalt der Gebäude und für den allgemeinen Materialpark. Dazu kommt das heikle Problem der nicht vorhandenen Kadere - seit langem verlor die Offiziers- und Unteroffiziers-Laufbahn ihre Anziehungskraft. Die Schicht der Berufsoldaten erfreut sich in Frankreich keinerlei besonderer sozialer Achtung, außerdem ist sie denkbar schlecht bezahlt. Ein Großteil der verfügbaren Kadere ist

heute in Indochina festgehalten und die Anwerbung im Mutterlande macht kaum nennenswerte Fortschritte. Besonders Indochina stellt für die französische Verteidigung eine schwere Hypothek dar. Wenn es möglich wäre, die in Indochina stationierten fünf Divisionen nach Europa zu bringen, dann könnte Frankreich bei dem heutigen Stand gewissermaßen über Nacht zur größten westeuropäischen Militärmacht werden. Aber solange dort ein Ende der Feindseligkeiten nicht abzusehen ist, bleibt die Grundfrage der französischen Aufrüstung so gut wie ungelöst.

Wird man infolgedessen in Paris der deutschen Beteiligung an der westlichen Verteidigung in Zukunft geringeren Widerstand entgegenzusetzen? In rein militärischen Kreisen ist man schon lange bereit, Deutschland einen entsprechenden Platz einzuräumen. Die weitere Entwicklung hängt von rein politischen Erwägungen ab und nicht zuletzt von der Person des nächsten Verteidigungsministers. Es bestehen starke Strömungen in verschiedenen politischen Lagern, Jules Moch durch eine andere, mit weniger Ressentiments belastete Persönlichkeit zu ersetzen. Außerdem scheint sich die Entscheidungsgewalt zunehmend von den französischen Politikern auf General Eisenhower und seinen Stab zu verlagern.

+ + +

Der unzufriedene Partner

-e. Es ist in Bonn schon zur Gewohnheit geworden, daß die Partner der Koalition sich ihrer Gegensätze versichern. Es wird von "ernsten Koalitionslagen" gesprochen oder angekündigt, wenn die CDU/CSU die Steuerpolitik der FDP nicht billige, werde eine "Koalitionskrise" entstehen. Man hat sich seit 1949 auseinandergeliebt und vertritt jetzt eben verschiedene Auffassungen darüber, auf welche Weise die ohnehin zu späten Maßnahmen weiter hinausgezögert werden können. Natürlich schießen sich FDP und CDU dabei gegenseitig die Schuld an dem wirtschaftspolitischen Dilemma zu, in dem heute in dem einen Fraktionszimmer Bewirtschaftungsmaßnahmen als unvermeidlich bezeichnet und morgen, im Zimmer der anderen Fraktion, freie Marktwirtschaft als der einzige Ausweg propagiert wird. Im Bundestag empfiehlt die CDU der FDP, doch auch die Wirtschaftspolitik mit

der SPD zu machen, wenn man schon in der Finanzpolitik mit der Opposition einig sei und gleichzeitig fehlt es nicht an entsprechenden verärgerten Worten der FDP an die Adresse des größeren Partners. Jeder weiß dabei, daß ein Ende der gegenwärtigen Koalition zu Neuwahlen führen und daß der nächste Bundestag keine Mehrheit CDU, FDP, DP haben wird. Keiner nimmt darum die Warnungen und Drohungen besonders wichtig. In der Abwehr und auch in der Ignorierung der neuen parteipolitischen Entwicklung halten die Partner zusammen. Das Ergebnis von 1949 ist geradezu ein Denkmal geworden, um dessen Reste sich CDU und FDP scharen, wenn es Adenauer für geraten hält, die so feindlichen Partner in einer Resolution über die ungetrübte Einigkeit für eine kurze Stunde zu sammeln. Eine solche Resolution ist wieder fällig.

Während der Romreise und angesichts des angekündigten neuen Urlaubs auf dem Bürgenstock und der vereinbarten Englandreise des Kanzlers, hat es die FDP mit ihren Demonstrationen der Unzufriedenheit über die wirkliche Lage in der Koalition so weit getrieben, daß Adenauer schon noch ein Weilchen "die innere Koordinationsaufgabe" wahrnehmen muß. Der "bedauerliche Mangel an Verständnis", den Fraktionsvorsitzender Euler dem Bundeskanzler bescheinigte, wird dabei gewiß nicht zutage treten. Es geht jetzt nicht mehr um das Grollen der FDP, um ihre Forderung nach größerem Einfluß, sondern etwas anderes ist geschehen. Ermutigt durch die Ergebnisse der vergangenen Landtagswahlen errechnet sich die FDP eine größere Chance für die nächsten Wahlen, wenn sie es als Mitträger der Regierung mit Opposition gegen diese Regierung versucht. Für die Wähler soll der Anschein entstehen, als sei nur die CDU/CSU für die Maßnahmen der Regierung verantwortlich. Die FDP, wenn sie bestimmen könnte, hätte natürlich alles viel besser gemacht. Beweis: die Proteste gegen die Pläne von CDU-Ministern, gegen die - wie Euler sie nannte - "Unverantwortlichen in der Bundeskanzlei", gegen die Personalunion zwischen Kanzler und Außenminister, gegen die Pressepolitik der Regierung usw. Verständlich, daß die FDP vor den Wählern ihre Hände in Unschuld waschen möchte, aber werden es diese Wähler glauben? Sie haben viel mehr Sinn für die Demokratie, als es mancher liberale Politiker glauben wird. Sie werden fragen: warum habt Ihr an einer Regierung teilgenommen, die Ihr jetzt ablehnt? Warum habt Ihr eine Politik mit geführt, die ja die Anlässe für Eure gegenwärtige Kritik erst geschaffen hat? Nein, die Flucht aus der Verantwortung wird der FDP nicht gelingen und sie wird bei Neuwahlen in jedem Sinne als bisherige Regierungspartei vor die Wähler treten müssen.

Jugend und Gewerkschaften

Ein internationales Treffen in Kochel am See

P.H.H. Soeben ging in der Bundesschule des DGB am Kochel-See in Oberbayern ein internationales Treffen junger Gewerkschaftler zu Ende. Es war das zweite dieser Art. Gegenüber der Zusammensetzung des ersten im September des Vorjahres, war der Kreis der europäischen Länder, die der Einladung des DGB gefolgt waren, beträchtlich größer - statt aus fünf Ländern im Jahre 1950 kamen diesmal Teilnehmer aus acht Ländern. Außerdem waren die Exilgruppen der ungarischen, rumänischen und jugoslawischen Gewerkschaften vertreten. Auf deutscher Seite hatte jeder Bezirksverband des DGB eine Delegation entsandt, dazu naturgemäß West-Berlin. Auch Delegierte aus dem Saargebiet waren anwesend, die von Beginn an mit aller Deutlichkeit unterstrichen, daß sie Deutsche seien und bleiben würden.

Die Tagung galt dem Kennenlernen der jungen europäischen Gewerkschaftsfunktionäre in gegenseitiger Aussprache und der Durcharbeitung allgemeiner Referate. Die Kurzberichte über die gewerkschaftliche Jugendarbeit in den verschiedenen Ländern zeigten die große Verschiedenartigkeit der Auffassungen in den einzelnen Gewerkschaftsbünden gerade über die Stellung der Jugend zu den Gewerkschaften, was zu sehr lebhaften Diskussionen und einem gründlichen Erfahrungsaustausch führte.

An grundlegenden Referaten ist vor allem ein Vortrag des Bundesabgeordneten Pohl über die Arbeit des Internationalen Arbeitsamtes auf dem Gebiete der internationalen Sozialgesetzgebung erwähnenswert. Weiter sprach Professor Fendt, der Leiter der Münchener politischen Hochschule über "Ökonomische Probleme der europäischen und internationalen Politik". Der Generalsekretär des Internationalen Freien Gewerkschaftsbundes, Schevenels, Holland, unterrichtete über die Arbeit des Internationalen Bundes unter besonderer Berücksichtigung der Betreuung und Organisierung der jugendlichen Arbeiter.

Im nächsten Jahr soll ein weiteres Treffen desselben Charakters stattfinden. Man hofft, daß zu ihm auch die schweizer, englischen und amerikanischen Gewerkschaftsbünde, die unter den diesmaligen 86 Teilnehmern an dem Treffen nicht vertreten waren, ebenfalls eine Delegation entsenden werden.

+ + +

"Ordnung und Planung im Ruhr-Raum"

d.g. Mit der Sonderschrift unter obigem Titel (Ardey-Verlag, Dortmund) hat das "Institut für Raumforschung" in diesen Tagen einen sehr bedeutsamen Diskussionsbeitrag zu den Problemen jener Landschaft gegeben, die als industrielles Kernstück Europas gerade seit dem Projekt einer europäischen Montanunion im Vordergrund des deutschen und ausländischen Interesses steht. Die über 120 Seiten umfassende und mit ausgezeichneten statistischen Unterlagen versehene wissenschaftliche Untersuchung behandelt nicht nur die Grundlagen der Wirtschaft an der Ruhr, sondern sieht dieses Gebiet vor allem auch in der räumlichen Ordnung der Weltwirtschaft und damit auch bereits im drohenden Schatten jenes Schuman-Planes, um dessen oberflächliche Propagierung sich die Bundesregierung gerade in den letzten Wochen so krampfhaft bemüht. In der vorliegenden Schrift aber wird die Zukunft der Ruhr fern von politischen Erwägungen über eine mögliche Montanunion gesehen. Hier sprechen Praktiker und Wirtschaftsforscher über die möglichen Auswirkungen einer Montanunion, wie sie die gegenwärtige Bundesregierung dem deutschen Volke zur Annahme empfehlen zu können meint. Die unabdingbaren Voraussetzungen, welche das Ruhrgebiet an das Funktionieren einer übernationalen Ordnung der Grundindustrien stellt, sollten nicht nur jeden Wirtschaftler interessieren, sondern ihren Weg auch in jene Kreise nehmen, welche bisher aus politischen Erwägungen dem Plan ihre Zustimmung geben zu müssen glaubten.

+ + +

Berichtigung:

In dem Communiqué über die Sitzung des Vorstandes der SPD am 22. und 23. Juni ist ein bedauerlicher Irrtum enthalten. An der entsprechenden Stelle muß es richtig heißen:

"Der Vorstand beschloß weiter, einer Einladung der Sozialdemokratischen Partei Schweiz zu ihrem Parteitag am 7. und 8. Juli in Zürich Folge zu leisten und als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie Fritz Heine und Erwin Schöttle dorthin zu senden".

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau